Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 14. Abonnementspreis vierteljährlich 22½ Ngr., durch die Post 25 Ngr. Einzelne Nummern 1 Ngr.

Auflage: 23000 Expl.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Inserate werden Marienstraße 13 angenommen bis Ab. 4 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt große Meißnergasse 5 bis Abd. 5 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 1½ Ngr. Eingesandt die Zeile 3 Ngr.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Unbefugte Annoncen-Aufträge von und unbekannten Firmen u. Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung, durch Briefmarken oder Posteinzahlung. 9 Silben kosten 1½ Ngr. Auswärtige können die Zahlung auch auf eine Dresdner Firma anweisen. Die Exp.

Nr. 43. Neunzehnter Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. **Dresden, Donnerstag, 12. Februar 1874.**

Politisches.

Das Nebeneinander des deutschen Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses hat seit gestern aufgehört. Letzteres hat sich vertagt, um dem Herrenhause Zeit zur Berathung des obligatorischen Civilehegesetzes zu geben. Ist die obligatorische Civilehe in Preußen Gesetz geworden, so beabsichtigt der bairische Abgeordnete Dr. Völk den Antrag zu stellen, das preußische Gesetz aufs ganze Reich auszudehnen. Voraussichtlich dringt er hiermit nicht durch. Jenes Gesetz ist in seinen Details so auf den preußischen Leib zugeschnitten, daß es zu einer Anpassung für das Reich einer gründlichen Veränderung bedürfte. Es ist wohl auch nicht in der Ordnung, Landesgesetze einfach zu Reichsgesetzen zu erheben. Niemand weiß im Voraus, welche Lappen noch das Herrenhaus Preußens der Civilehe aufflickt, und es kann dem Reichstage unmöglich angesonnen werden, zur Gesetzeszuschneidekunst des Herrenhauses Ja und Amen zu sagen. Außerdem sind die sechs Wochen, innerhalb deren der Reichstag sein Arbeitspensum erledigen soll, zu kurze Spanne Zeit, daß jede Minute zur gründlichen Prüfung des Militair-, des Preß- und des Contractbruchgesetzes benutzt werden muß. Voraussichtlich werden diese Gesetzentwürfe in Commissionen vorberathen. Die Elsaß-Lothringer haben sich immer noch nicht über die Form einigen können, in der sie ihren Protest gegen die Annexion erheben werden. Auch die Abgeordneten der anderen in Deutschland ansässigen Nationalitäten, die Polen und Dänen, beabsichtigen mit jenen französisch denkenden Deutschen Fühlung zu nehmen.

Eine der besten Erscheinungen des Streites zwischen Staat und Kirche in Preußen ist die große Gelassenheit und Ruhe, mit welcher die polnische Bevölkerung die Verhaftung und Abführung ihres Seelenhirten Ledochowski aufgenommen hat. Sehr zum Verdrusse der Clericalen. Es wird sich auch ferner, damit spricht der „Hamb. Corresp." ein treffliches Wort aus, empfehlen, daß der Krieg in möglichst enge Grenzen eingedämmt, daß er nicht mit unnöthiger Härte geführt und daß namentlich die bürgerliche Gesellschaft möglichst geschont werde — letzteres nicht blos der Humanität wegen, sondern auch aus Gründen der politischen Klugheit. Es ist zu verhüten, daß der Ultramontanismus aus der Erbittterung der katholischen Bevölkerung neue Kräfte zur Fortsetzung seines Widerstandes gewinne.

Mit besonderem Eifer stürzt sich in Oesterreich die clericale Partei gegen die Fortschritte, welche der Staat mittelst der confessionellen Vorlagen, die dem Wiener Reichsrathe zugegangen sind, machen soll. Die österreichischen Bischöfe wollen eine gemeinsame Audienz beim Kaiser nachsuchen, um ihn „zu warnen, auf dem Wege fortzuschreiten, der zum Unheil führe". Wir haben schon früher betont, daß nicht daran zu denken ist, daß in dem katholischen Oesterreich die katholische Kirche verfolgt werde, daß jene Vorlagen nur in sehr vorsichtiger Weise die unveräußerlichen Rechte des Staates wahren sollen. Nachdem der Kaiser sein Ministerium selbst veranlaßt hat, jene Vorlagen einzubringen, die er mit seiner Unterschrift versehen, dürfte der Plan des Clerus, den Kaiser in Audienzen einzuschüchtern, sich ebenso als verfehlt erweisen, als die Speculation, mittelst Arbeiterputsche auf dem Wiener Straßenpflaster Kaiser und Reichsrath in ein gelindes Gruseln zu versetzen. Vielmehr haben die Wiener Arbeiter anerkennenswerthe Proben politischer Selbstständigkeit und Reife abgegeben, indem sie jetzt durch den Verein „Volkswille" eine Petition an den Wiener Reichsrath abgelassen haben, die sich durch Mäßigung in der Form und Aufstellung discutirbarer Forderungen sehr vortheilhaft vor den lärmenden Demonstrationen mancher deutschen Socialdemokraten auszeichnet. Die Wiener Arbeiter verzichten zwar nicht auf das allgemeine und gleiche Wahlrecht, aber sie bescheiden sich, daß augenblicklich noch nicht der Zeitpunct zu seiner Einführung gekommen ist. Hingegen verlangen sie zur Wahrung ihrer Interessen die Errichtung von Arbeiterkammern und erheben ihre Stimme noch zu einer Anzahl Forderungen wesentlich politischer Natur: Aufhebung der Cautionen für Zeitungen, Abschaffung des Zeitungsstempels, des vergiftenden und verdummenden Lottos, Freigebung der Colportage, Revision des Vereins- und Versammlungsgesetzes u. s. w. Das Alles sind so vernünftige Forderungen, daß man jenen oft unverschuldet in schwere Lebensbedrängniß gerathenen Wiener Arbeitern, die eine so maßvolle Sprache führen, nur Achtung bezeugen kann. Während unser Dresdner socialdemokratischer Arbeiterbildungsverein die Aufforderung des Stadtraths: Arbeiter in die künftigen gewerblichen Schiedsgerichte und Einigungsämter zu wählen, schnöde von der Hand weist und sich von jedem Versuche, socialen Frieden herzustellen, abwendet, leuchtet aus den Bestrebungen der Wiener Arbeiter der wohlthuende Gedanke einer Versöhnung der streitenden Interessen und des guten Willens, zum Frieden redlich zu arbeiten, hindurch

Viel besprochen wird in Frankreich der Ausgang zweier Nachwahlen in die Nationalversammlung. Im Departement Haut Saone unterlag der monarchistische Candidat, Herzog von Marmier, obwohl er dort reichbegütert ist und einen großen Familieneinfluß hat, gegen einen der Wählerschaft persönlich ziemlich fremden Republikaner Hérisson. Hingegen schlug im Departement Pas de Calais der Bonapartist Sens einen Republikaner mit 70,000 gegen 67,000 Stimmen. Es ist das erste Mal, daß ein Candidat offen erklärte: er sei Monarchist, er werde Alles thun, um die Napoleons zurückzuführen. Bisher hüllten sich die monarchistischen Candidaten regelmäßig vor der Wahl in das Entoucas-Gewand eines „conservativen Republikaners", um nach der Wahl entweder für den Grafen Chambord, die Orleans oder die Napoleoniden zu wühlen.

Gladstone's Glückskugel rollt je länger je rascher bergab. Seine Gegner, die Conservativen, eroberten bisher 80, seine Anhänger, die Liberalen, nur 28 Sitze; jene besetzten bisher 283, diese nur 223 Wahlkreise. Gladstone, der mit einer liberalen Mehrheit von 68 Stimmen nicht glaubt regieren zu können, hat jetzt blos die Wahl des Zeitpunctes, an dem er zurücktritt. Er kann entweder am 5. März noch das Parlament eröffnen, um in der ersten Sitzung des Unterhauses ein Mißtrauensvotum zu erhalten und nach dieser Schlappe um seine Entlassung zu bitten. Er braucht aber auch nicht so lange zu warten, sondern kann jetzt schon in den saueren Apfel beißen, seinem Vaterlande noch einen letzten Dienst, aber nicht den am wenigsten persönlich kränkenden zu leisten. Er muß der Königin sagen, daß er keinen besseren Rath zu geben wüßte, als zu seinem Nachfolger im Amte den ihm persönlich verhaßten Disraeli zu wählen. Dann würde die Thronrede zur Eröffnung des Parlaments bereits von Disraeli ausgearbeitet werden. Dieser aber wählt schon die Collegen in seinem künftigen Ministerium an.

Locales und Sächsisches.

— Der Kaufmann A. F. Timäus zu Dresden hat das Ritterkreuz des Albrechtordens erhalten.

— **Landtag.** Vorbehältlich des Berichts über die Verhandlungen der 2. Kammer über das Justizbudget, erwähnen wir aus den letzten Verhandlungen der 2. Kammer Folgendes: Dieselbe hat im Budget des Ministeriums des Innern auf Antrag des Abg. Walter die Zahl der künftigen Amtshauptmannschaften von 28 auf 25 herabgesetzt, auch die Bewilligung von je 1000 Thlr. als Aequivalent für das Halten einer eigenen zweispännigen Equipage eines Amtshauptmanns abgelehnt. Hingegen hat sie die Dispositionssummen zur Beförderung der Gewerbe mit der Landwirthschaft um je 10,000 Thlr. erhöht, das erstere auf Antrag des Abg. Penzig, das letztere auf den des Abg. Richter-Tharandt, ebenso hat sie den Etat der Gewerbezeichenschule auf des Abg. Kirbach Antrag um 1000 Thlr. erhöht. Mehrfach wurde in der Debatte betont, daß, wenn die Kammer mit so freigebiger Hand an und für sich sehr nützliche Erhöhungen der Forderungen der Regierung vornehme, dann das Gleichgewicht im Staatsbudget nicht mehr aufrechtzuerhalten, sondern entweder zur Steuererhöhung oder zum Verkaufe von Staatspapieren zu schreiten sei. Gestern Abend 6 Uhr hielt die Kammer eine zweite Sitzung über die Vermehrung der Gendarmerie. — Außerdem hat die Kammer auf des Abg. v. Einsiedel Referat einige Differenzen ausgeglichen, die in den Beschlüssen beider Kammern bez. der neuen Landtagsordnung noch bestanden. Die Aufnahme eines Antrags in die ständische Schrift: wornach „in der Regel, nach Constituirung der Kammern, Wahl der Deputationen und Ueberweisung der betreffenden dazu geeigneten Königlichen Decrete an dieselben aus Sparsamkeitsrücksichten die Kammern höchstens auf vier Wochen vertagt und hierbei diejenigen Deputationen beauftragt werden sollen, welche während der Vertagung beisammen zu bleiben und ihre Arbeiten fortzusetzen haben," wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Erhöhung der Diäten für die Landtagsabgeordneten von 3 auf 4 Thaler und die Gewährung freier Eisenbahnfahrten der Abgeordneten während der Landtagsdauer von Dresden nach Hause und umgekehrt wurde mit 37 gegen 31 Stimmen angenommen. Auf des Vicepräsident Streit Referat hin wurde das Gesetz von 1869 über die juristischen Personen ohne Debatte aufgehoben. Weiter brachte Abg. Sachse die angebliche Berichtigung, die der Amtshauptmann v. Lieth in den „Dresdn. Nachr." gebracht hatte, zur Sprache. Er erklärte jetzt, daß sein Tadel des schlechten Zustandes der Königsbrückerstraße zum Theil den Stadtrath Dresdens, zum Theil den Amtshauptmann treffe; die Behauptung des letzteren, daß der fiskalische Theil der betreffenden Straße „in gutem Zustande" sei, bezeichnete der Abgeordnete Sachse als entschieden unwahr. Der Präsident Dr. Schaffrath erklärte letztere Bemerkung als nicht in die Kammer gehörig. Hieran schließt sich die Verhandlung über den Haberkorn'schen Bericht über das Budget des Ministeriums des Innern. Abg. Petri beantragt: daß die Theile des Berichts der Deputation nochmals der Deputation zurückgegeben werden, in denen Bauschquanta für Beamtenkategorien ausgeworfen sind; vielmehr sollen diese Verwaltungsbeamten so genau etatisirt werden, wie die der Justiz. Dieser Antrag wird jedoch abgelehnt, nachdem Ref. Haberkorn entgegnet, daß hierdurch nur Aufenthalt entstehe, daß man jetzt bei der neuen Verwaltungsorganisation der Regierung freie Hand in der Abmessung der einzelnen Gehalte lassen müsse, daß aber dem künftigen Landtage ein specialisirter Etat aller einzelnen Beamtengehalte vorgelegt werden solle. Der Minister v. Nostitz sagt letzteres zu. Dr. Biedermann findet, daß die Regierung jetzt einen solchen Beamtenetat fordere, wie ihn sich die Kammer bei Schaffung der neuen Verwaltungsgesetze nicht gedacht habe. Die künftigen Kreishauptmannschaften unterscheiden sich kaum durch etwas mehr als den Namen von den bisherigen Kreisdirectionen, bei denen 16 Räthe fungiren, während in Zukunft blos 4 weniger angestellt werden sollen. Da aber ein großer Theil der Geschäfte der Kreishauptmannschaften denselben entzogen werden, so beantrage er blos die Bewilligung von 8 Räthen, je 2 bei jeder Kreishauptmannschaft. Auch 28 Amtshauptleute seien zu viel, 22 genügten, so daß jede künftige Amtshauptmannschaft mit einem Schulinspectorate zusammenfiele. Man solle die neuen Amtshauptleute nicht mit Equipagen ausstatten; übrigens hoffe er, daß die Regierung bei der Auswahl der neuen Amtshauptleute nicht blos die vornehme aristokratische Jugend auf diese Stellen versorge und daß die Amtshauptleute nicht so viel von oben reglementirt werden, nicht soviel Berichte nach oben senden, sondern als kräftige Beamte selbstständig handeln. Käuerstein hätte eine Dispositionssumme zur zeitweiligen Unterstützung solcher Gemeindevorstände, denen die neuen Verwaltungsgesetze erhebliche Mehrkosten verursachen, gern ausgeworfen gesehen. May ist erstaunt, daß die Regierung zur Durchführung ihrer neuen Verwaltung so viele Beamte verlange. Jungnickel: Die Kammer habe die bevorstehende Vermehrung der Amtshauptleute und Gensdarmen schon bei Schaffung jener Verwaltungsgesetze gekannt; diese Gesetze würden sich aber bald einleben und das Land nicht über jene Mehrforderungen sich beschweren. v. Könneritz weist nach, daß die neue Behördenorganisation sogar Beamte erspare. Bei den Kreisdirectionen sind jetzt 89, bei den künftigen Kreishauptmannschaften nur 63 Beamte, bei den jetzigen Amtshauptmannschaften 293, bei den künftigen nur 214 Beamte angestellt, trotzdem die Amtshauptmannschaften von 14 auf 28 vermehrt werden. Minister v. Nostitz: Gelinge es, wie er hoffe, die neue Organisation mit den jetzt dafür vorgesehenen Summen durchzuführen, so werde kein Staat so billig wie Sachsen die Justiz von der Verwaltung getrennt haben. Die Kreishauptmannschaften könnten nicht weniger als je 3 Räthe haben. Einseitig werde die Regierung nicht die Amtshauptmannstellen aus den Reihen der jungen Aristokratie wählen, sondern nur die tüchtigsten Kräfte verwenden und auch ferner nicht diesen Beamten durch vieles Reglementiren das Leben schwer machen. (Forts. folgt.)

— **Budget des Ministeriums des Innern.** (Fortsetzung). Um nach den Vorschlägen eines vom Abg. v. Könneritz ausgearbeiteten Exposés, ferner an jedem Sitz eines Amtshauptmannes einen Chausseeinspector zu haben, so wird deren Zahl von 15 und außerdem 10 Assistenten auf 29 Inspectoren à 1200 Thlr. und 3 Assistenten, à 750 Thlr. Gehalt zu erhöhen sein, was der Staatskasse einen Mehraufwand von 8900 Thlr. verursacht. Andererseits wird hierdurch die jetzt irrationelle Einrichtung, daß die Straßenbausachen unter zwei verschiedene Ministerien ressortiren, abgeändert und das gesammte Straßenbauwesen in eine Hand beim Ministerium des Innern concentrirt werden. Jedenfalls würde hierdurch eine Geschäftsvereinfachung, möglicher Weise auch eine Ersparniß erzielt werden, insbesondere, wenn dann eine Abtheilung des Ministeriums der Finanzen aufgehoben werden könnte. Am wichtigsten für die Bevölkerung und namentlich für die Gemeindevorstände, ist aber die Vereinigung der dermalen bestehenden verschiedenen Cassenstellen in 29 am Sitze der Amtshauptmannschaften befindliche Provinzial-Cassenstellen. Darnach sollen künftig die Gemeinde-Vorstände, wenn sie nur mit einer Cassenstelle am Sitze der Amtshauptmannschaft verkehren, fast in jedem Monate Gelegenheit haben, mündliche Rücksprache mit dem Amtshauptmann zu nehmen und amtliche Geschäfte zu erledigen, ohne deshalb einen besonderen Gang unternehmen zu müssen. Bei dieser Gelegenheit könnten dieselben zugleich die Schneeauswerfelöhne, Service- und Fouragegelder, Wegebau-Unterstützungen u. s. w. in Empfang nehmen, wodurch die Verpackung und Versendung dieser Gelder per Post den betreffenden Behörden erspart werden würde. Aber auch für den Staat würde die Vereinigung der verschiedenen Cassenstellen in Provinzial-Cassenstellen nicht unwesentliche Vortheile im Gefolge haben. Es liegt auf der Hand, daß, wenn die dermalen bestehenden 50 Cassenstellen (23 Bezirks-Steuereinnahmen, 15 Forst-Rentämter, 12 Bauverwaltereien, auf 29 reducirt werden, eine Vereinfachung des Geschäftsverkehrs, namentlich auch für die Ober-Behörden eintreten muß. Die Zeit der Beamten wird besser ausgenutzt, Reise-Auslösungen in nicht unbeträchtlichem Umfange erspart. Je mehr Cassen sind, desto höher beläuft sich die Gesammtsumme der Cassenbestände, d. h. der todtliegenden Gelder, desto höher der Porto- und Expeditions-Aufwand. Durch Reduction jener 50 Cassen in 29 Provinzial-Cassen würde nicht blos der Aufwand von 119,000 auf 100,000 Thlr. fallen, sondern auch eine beträchtliche Ersparniß an 21 Expeditions-Localen erzielt werden. Auch andere Ersparnisse bei den Bau-Inspectoren lassen sich erzielen; die Regierung soll dem nächsten Landtage das Resultat ihrer weiteren Untersuchung der Vereinfachung der Verwaltung mittheilen. Weiter bewilligt die Deputation 150,000 Thlr. zur Erwerbung und Einrichtung von Grundstücken zu Amts-Localitäten und Dienstwohnungen für die neuen Amtshauptmannschaften. Disponible Staatsgebäude sind vorhanden in Annaberg (die frühere Oberforstmeisterei), in Schwarzenberg (das frühere Bergamtsgebäude), in Plauen ein dazu gekauftes Haus. Wegen Benutzung des Schlosses Dippoldiswalde schweben noch Erörterungen, in Chemnitz, Zwickau, Döbeln, Freiberg, Oschatz, Großenhain sind Häuser angekauft, gemiethet sind Localitäten in Bautzen und Leipzig, Raths-Localitäten in Oelsnitz und Tharandt angeboten. In anderen Städten schweben noch die Unterhandlungen wegen des Ankaufs von Localitäten. In der Position Volkswirthschaft werden bewilligt 16,000 Thlr. zur Beförderung der Gewerbe, 23,000 Thlr. (3000 mehr) zur Beförderung der Landwirthschaft, 3500 Thlr (1000 mehr) für meteorologische Stationen, 52,100 Thlr. für das Polytechnikum ganz nach der Vorlage, 3970 Thlr. für die Modellir-, Ornamenten- und Musterzeichnen-Schule. Die Regierung meint mit Recht, daß die sächsische Industrie durchaus nicht auf der Höhe bezüglich der Kunstgewerbe steht und daß in dieser Richtung noch viel zu thun ist. Zunächst soll ein tüchtiger Director dieser Schule gewonnen werden. Die Forderungen für die höhere Gewerbeschule in Chemnitz (19,500 Thlr.), die 5 Baugewerkenschulen (24,440 Thlr.), die Werkmeisterschule in Chemnitz (12,750 Thlr.), die Specialschulen für die Holzwaaren-Industrie in Seifen und Grünhainichen mit 111 Zöglingen, die Webschulen (688 Schüler), Klöppel-, Näh- und Stickschulen (1950 Schüler), gewerbliche Sonntagsschulen (4914 Schüler), die Gewerbzeichnenschule in Chemnitz (200 Schüler) mit zusammen 28,150 Thlr. werden bewilligt; ebenso 3000 Thlr. für die Handelsschulen. Ebenso 33,000 Thlr. für das im Aufschwunge begriffene Landesgestüt. Die Stelle eines Directors der General-Commission für Ablösungen und Gemeinheitstheilungen beantragt die Deputation zu streichen. Diese ganze Behörde soll bis spätestens Ende 1875 gänzlich aufgehoben und mit der Erledigung der dann noch etwa verbleibenden, sowie neuer bis dahin der General-Commission zugewiesen gewesener Geschäfte eine bereits bestehende Behörde betraut werden. Einstweilen kostet jene Behörde noch 21,975 Thlr.; die Aufsicht über Fabriken, Dampfkessel-Anlagen, Steinbruch- und Privathüttenwesen 11,500 Thlr. Für die Berichtigung von Wasserläufen bewilligt man: dem Commissar 1980 Thlr., seinem Gehilfen 924 Thlr., dem Ober-Ingenieur 1660, den Inspectoren 1190, 1120, 1060, 920, zweimal 1000 und 860 Thlr., dem Aufseher 410 Thlr. Die Diäten für auswärtige Expeditionen werden dem Ober-Ingenieur von 3 auf 4, den übrigen Technikern von $1\frac{1}{3}$ auf 2, dem Aufseher von $\frac{2}{3}$ auf 1 Thlr. erhöht. Für die Ober-Aichungs-Commission sind 2000 Thlr. zu bewilligen. Bei der Gendarmerie-Anstalt fordert die Regierung außer einem Registrator, 15 Bezirksobergendarmen à 600 Thlr., so daß jede Amtshauptmannschaft 1 Ober-Gendarmen erhält. Hiermit ist die Deputation einverstanden, ebenso kürzt sie Nichts an den vorgeschlagenen Gehalts-Erhöhungen, da der Dienst der Gendarmen ein schwerer ist, bewilligt auch die Miethszuschüsse in Form von Ortszulagen an die Kreis- und Obergendarmen, und die Auslösung der Gendarmen beim Uebernachten in ihrem Bezirke. Daß ein Theil der Deputation nur 50 statt der geforderten 100 neuen Landgendarmen bewilligen will, haben wir bereits mitgetheilt. Je nachdem die Kammer 100 oder nur 50 neue Gendarmen bewilligt, sind zur Unterhaltung der Gendarmerie 230,097 oder 198,972 Thlr. zu